

Winfried Schulze

Kommentar

zu den Beiträgen von Klaus Pinkau und Wolfram Fischer

Meine Stellungnahme ist ein wenig durch die Perspektive des *Wissenschaftsrats* bestimmt, was ja nicht unbedingt schaden muß. Wenn man an die Frage der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und ihre Gründungsgeschichte herangeht, dann fällt einem aus der Perspektive des Wissenschaftsrats einiges auf. Diese Perspektive ist zunächst kurz zu kennzeichnen: 1964 hatte der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zur Forschung insgesamt den Akademien ihr traditionelles Existenzrecht bestätigt. Er hatte zugleich aber unverkennbar deutlich gemacht, daß ihre eigentliche Zeit der Bedeutung zum Ende gekommen war. Man könnte formulieren: Sie gehörte seit 1965 zu den „dignified parts of the constitution“ im Sinne von Walter Bagehots Charakterisierung des englischen Oberhauses.¹ Das ist natürlich ein etwas gefährlicher Vergleich, wenn man weiß, was gerade mit dem *House of Lords* geschehen ist. Immerhin hat der Wissenschaftsrat diesen „dignified parts“ damals eine Reihe von Aufgaben zugewiesen, die hier nicht alle zu erwähnen sind, die aber insgesamt zu einer Stabilisierung der Arbeit der Akademien geführt haben. Dazu gehörte auch die Möglichkeit kurzfristiger Arbeitsgruppen, insofern kann die Berliner Akademie hier kaum das Recht der Erfindung dieser Einrichtung beanspruchen.

Mit Hinweis auf die gestiegene Bedeutung der außeruniversitären Forschung, von der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft bis zu den neuen Vertretern der Großforschungseinrichtungen, stellte der Wissenschaftsrat fest, daß kein Bedarf für neue Akademien bestehe, wenn die bestehenden ihre Regionalisierung aufgeben würden. Diese Bedingung sah der Wissenschaftsrat prinzipiell als erfüllt an und insofern war klar, daß er keinen unmittelbaren Neugründungsbedarf sah.

Der Wissenschaftsrat hat im Grunde an diesem eher kritischen Entscheidungstenor festgehalten, er hat gleichwohl neue Einrichtungen der interdisziplinären Organisation von Wissenschaft gutgeheißen, wie etwa seine positiven Empfehlungen zum *Wissenschaftszentrum* und zum *Wissenschaftskolleg* – beides Berliner Einrichtungen – belegen. Er hat dann in seiner erneuten Stellungnahme zu den Akademien von 1975 vor allem die Langzeitprojekte herausgehoben, und er hat vor allen Dingen deren Finanzierung der ge-

¹ Siehe Bagehot, *English Constitution*.

meinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern im Rahmen der Bund-Länder-Konferenz zugewiesen. Damit war die Basis für das geschaffen, was wir heute als das *Akademienprogramm* der Bund-Länder-Konferenz bezeichnen.

Der Wissenschaftsrat hat – soweit ich weiß – zur West-Berliner Akademiegründung von 1987 niemals Stellung genommen, insofern kann ich auch keine direkten Aussagen machen und will auch nicht darüber spekulieren. Aber: Interessant fand ich in den Materialien zur Gründung der *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* die Stellungnahme von Herbert Franke, dem damaligen Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der unter Hinweis auf die Empfehlung von 1965 vermutete, daß der Wissenschaftsrat die Berliner Neugründung vermutlich nicht abgelehnt, sondern sie davon ausgenommen hätte, weil sie ein anderes Programm entwickelte, das sich deutlich von dem Arbeitsprofil der anderen Akademien unterschied.

Franke meinte damit wohl einen Bereich des Berliner Programms, den Senator Kewenig in seinen ersten Überlegungen als die *Spürnasenfunktion* der neuen Akademie bezeichnet hatte. Übersetzen wir dies in die heutige Sprache der Wissenschaftspolitik, dann müssen wir von den Problemen von *Foresight* und *Prospektion* der Forschung sprechen.

Das Bemühen, wissenschaftlich oder wirtschaftlich bedeutsame Entwicklungen reflektierend vorwegzunehmen, sie aus dem Bekannten und Gewordenen zu extrapolieren oder als begründbare Erwartung zu prognostizieren, reicht natürlich schon über die Mitte der 1980er Jahre hinaus. So spielte es in den Wirtschaftswissenschaften schon immer eine bedeutende Rolle; dabei erwiesen sich Aussagen über die Zukunft regelmäßig als ebenso attraktiv wie umstritten. Wenn ich über *Prospektion der Forschung* spreche, so meine ich jenes vom Wissenschaftsrat so bezeichnete forschungs- und technologiepolitische Instrument, für das er sich erstmalig 1991 in den „Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen“ stark gemacht hat.² Dort heißt es: „Die Entwicklung der Neuen Technologien [...] hängt heute mehr denn je von den Erkenntnissen der Grundlagenforschung ab. Folgerichtig wird es immer wichtiger, die Ergebnisse der Grundlagenforschung optimal zu nutzen. Nur so läßt sich sicherstellen, daß die notwendigen Schübe an Vitalität und Kreativität, die den Kreislauf von wissenschaftlicher Innovation und technologischer Entwicklung in Gang halten, auch tatsächlich am rechten Ort und zur rechten Zeit erfolgen.“ Dazu, so lautet die Schlußfolgerung, „bedarf es einer prospektiven Forschungsförderung“.³

Mit diesen wenigen Sätzen war die Idee der *Prospektion* auch in Deutschland auf die forschungspolitische Tagesordnung gesetzt. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß einige konzeptionelle Anregungen auf die international ausgerichtete Studie *Research Foresight* der britischen Wissenschaftsforscher Ben Martin und John Irvine aus dem Jahre 1989 zurückgingen. Diese stellten fest, daß strategisches Denken und langfristige Planung

²Wissenschaftsrat, *Empfehlungen*. Die Empfehlungen wurden zwar erst im Januar 1991 verabschiedet, die entscheidenden Beratungen – auch über die *Prospektion* – fanden aber in den Jahren 1988/89 statt.

³Wissenschaftsrat, *Empfehlungen*, S. 36.

im deutschen Forschungssystem keine maßgebliche Rolle spiel(t)en.⁴ Eine noch im Jahr 1991 eingerichtete – und einigungsbedingt mit Unterbrechungen – bis 1994 arbeitende, hochrangig besetzte Gruppe des Wissenschaftsrates setzte sich zum Ziel, eine institutionelle Verankerung der Forschungsprospektion in Deutschland zu begründen.

Am Anfang ihrer Diskussion stand eine Defizitanalyse: Mit Blick auf den schwierigen Zustand der Großforschungseinrichtungen in den 1980er Jahren, die sich im Umbruch befanden und zahlreiche neue Forschungsinstitute gründeten, erschien die Art und Weise, wie dort prioritär zu bearbeitende Schlüsseltechnologien geplant und begründet wurden, noch optimierungsbedürftig. Dahinter stand die grundsätzliche Frage, ob wir die großen Schwerpunkte richtig setzten, und zwar sowohl thematisch als auch institutionell und personell.

Zu Beginn der 1990er Jahre bestand die feste Überzeugung, daß insbesondere das japanische Wissenschaftssystem schlagkräftiger in der Identifizierung und Realisierung neuer Technologien sei, vor allem durch die zahlreichen *Delphi-Studien* und deren Umsetzung. Dahinter verbarg sich die stets aktuelle Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftssystems.

Schließlich – und dies ist ein völlig anderer Aspekt – vertrat die Arbeitsgruppe die Auffassung, daß die Wissenschaft in Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen aus sich heraus keine Initiativen zu übergreifenden Forschungsthemen entwickelt, also im Grunde die Frage nach der Möglichkeit der Verbindung von *bottom up*-Initiativen mit einer strategischen Ausrichtung – und zwar innerhalb der *scientific community* – sowie einer möglichst weitgehenden Beteiligung der Wissenschaft an der Forschungsförderung.

Mir scheint ein Aufgreifen dieser Diskussion besonders wichtig, weil inzwischen auch in den Begutachtungen von DFG, MPG und Fraunhofer-Gesellschaft immer wieder die deutlich mangelnde strategische Kompetenz dieser Forschungsgesellschaften herausgehoben wurde. Wir müssen uns m. E. als Mitglieder des Gesamtwissenschaftssystems darüber Gedanken machen, wie die Aufgabe eines strategischen *Foresight* realisiert werden kann, ohne die unbestreitbaren Vorzüge einer erkenntnisorientierten Grundlagenforschung zu übersehen.

Ob diese Aufgabe im Rahmen der Akademien gelöst werden kann, will ich nicht abschließend beantworten. Es gibt Beispiele dafür, daß die Verwandlung eines leistungsfähigen Instruments der Forschungspolitik in eine Akademie sogar bestimmte strategische Kompetenzen verlorengehen läßt. Auch die von Wolfram Fischer herausgehobene Arbeit der interdisziplinären Arbeitsgruppen scheint mir nicht alle Probleme zu lösen. In jedem

⁴ Dort heißt es im Kontext eines internationalen Vergleichs über die Situation in Deutschland: „Although all the main scientific organizations now see themselves as partly responsible for ‘strategic research’ (a term still not normally used in West Germany), the level of formal foresight carried out remains small compared to other countries. This can be explained in part through wider political factors, including the considerable post-war autonomy of basic research, the country’s federal structure, and the Christian Democrat government’s unwillingness to engage in any activity which might be construed as centralized long-term planning.“ Vgl. Martin/Irvine, *Research Foresight*, S. 97.

Fall sehe ich hier eine bessere Chance, auf die Herausforderungen zu reagieren, als dies die alten Arbeitsformen ermöglicht haben. Ob dies die Frage nach der zukünftigen Bedeutung der Akademien beantworten kann, will ich hier einmal offen lassen, denn dies wird wohl Aufgabe der abschließenden Podiumsdiskussion sein.⁵

Literatur

Bagehot, Walter: *The English Constitution*, London 1867.

Martin, Ben R./John Irvine: *Research Foresight. Priority-Setting in Science*, London 1989.

Wissenschaftsrat (Hrsg.): *Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen und Hochschulen*, Köln 1991.

⁵ Vgl. die Podiumsdiskussion in diesem Band sowie meinen Beitrag zum Interakademischen Symposium zur Positionsbestimmung der Akademien in der deutschen Wissenschaftslandschaft im Januar 2001 in München.